

Beschluss (vorläufig)

Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben

Wer hat schon das Gefühl, genügend Zeit zu haben? Genug Zeit, den Kindern wirklich zuzuhören. Zeit, um die Arbeit mit einem zweiten, ruhigen Blick zu begutachten. Zeit, um bei der Nachbarin im Treppenhaus auf einen Schwatz stehenzubleiben. Zeit, für die Eltern da zu sein, wenn es für sie mühsamer wird mit dem Alter. Und zwischen all dem auch noch Zeit für die eigene Erholung zu finden.

Das Leben ist ein Puzzle aus vielen unterschiedlichen Bereichen und Aufgaben – der Job, unentgeltliche Arbeit, die Familie, die Partnerschaft, der Haushalt, die Freundinnen und Freunde, das gesellschaftliche Engagement, die Hobbies. Mehr und mehr Menschen kommt es so vor, als müssten sie sich ständig zerreißen und hetzen, um ihren Alltag stemmen zu können. Schon Kinder und Jugendliche in unserer gestressten Gesellschaft klagen über Zeitdruck, der durch eine immer weiter zunehmende Verdichtung der Bildungszeiten entsteht.

Grüne Zeitpolitik hat deshalb zum Ziel, dass all diese unterschiedlichen Bereiche und Aufgaben besser in ein Leben passen und Menschen selbstbestimmt über den Umgang mit ihrer Zeit entscheiden können. Wir wollen nicht mehr Stressmanagement. Wir wollen weniger Stress. Welche politischen Stellschrauben können wir drehen, damit es für Frauen und Männer leichter ist, Beruf und Familie zu vereinbaren? Damit sie zum Beispiel auch wegen der 13-jährigen Tochter im Job zeitweise kürzertreten können – und nicht nur für den Säugling. Oder damit eine Freiberuflerin auch mal ein Projekt ablehnen kann, um die verschleppte Bronchitis auszukurieren. Was können wir verändern, damit der erwachsene Sohn seine Mutter pflegen kann, ohne um seine berufliche Existenz bangen zu müssen? Wie können wir den Leistungsdruck, den SchülerInnen schon heute spüren verringern? Und was braucht die Alleinerziehende, die es wegen ihrer zwei Minijobs bisher nie schafft, bei der Schultheateraufführung ihrer Kinder dabei zu sein? Grüne Zeitpolitik will ermöglichen, dass Menschen wichtige Dinge in ihrem Leben nicht dem Druck der Erwerbsarbeit unterordnen müssen. Grüne Zeitpolitik stärkt damit den Menschen gegenüber den Anforderungen des Marktes. Natürlich brauchen Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen in erster Linie eine bessere Bezahlung und soziale Absicherung. Aber auch sie brauchen zeitliche Freiräume, um für sich und andere zu sorgen. Grüne Zeitpolitik ist deshalb auch eine Gerechtigkeitsfrage. Denn eine Gesellschaft funktioniert nur, wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen können. Und: Demokratie braucht Zeit. Sie braucht Menschen, die Zeit und Engagement investieren, um sich einzumischen und mitzugestalten.

Die Aufteilung von Zeit ist dabei auch eine Gerechtigkeitsfrage zwischen den Geschlechtern. Besonders deutlich wird sie bei der Verteilung von Sorgearbeit in unserer Gesellschaft. Sorgearbeit umfasst bezahlte und unbezahlte Aufgaben. Sie ist elementar wichtig für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Diese Arbeit wollen wir sichtbar machen und gesellschaftlich anerkennen. Die Ungleichbehandlung von Erwerbsarbeit und unbezahlter bzw. schlecht bezahlter Sorgearbeit hinsichtlich ihrer Anerkennung und Absicherung wollen wir beenden. Wir setzen uns daher für

eine gesamtgesellschaftliche Neuverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ein - v.a. im Lebensverlauf und zwischen den Geschlechtern.

Die Nachhaltigkeit, der sorgsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen, ist Teil unserer grünen Identität. Grüne Zeitpolitik konzentriert sich auf den sorgsamen Umgang des Menschen mit sich selbst und seinen Mitmenschen. Denn Überlastung, Stress und Zeitnot führen zum Raubbau – an der eigenen Person, der eigenen Gesundheit, an den Beziehungen zu den Menschen, die im Leben wichtig sind. So wie wir GRÜNE keinen Raubbau an der Natur wollen, wollen wir auch nicht, dass Menschen an sich selbst Raubbau betreiben.

Grüne Zeitpolitik orientiert sich an sechs Leitideen:

1. Erwerbsarbeit so gestalten, dass sie ins Leben passt

Viele Menschen gehen ihrer Erwerbsarbeit gerne nach. Sie finden Freude und Erfüllung in ihrem Beruf. Sie meistern Herausforderungen und stecken Energie und Kreativität in ihre Aufgaben und Projekte. Aber zugleich möchten viele Menschen stärker mitbestimmen können, wann sie arbeiten, um andere Aufgaben – Hausarbeit, gesellschaftliche Arbeit und Familienarbeit – in ein besseres Gleichgewicht zu bringen. Schließlich gibt es im Leben der meisten Erwerbstätigen Phasen, in denen es schlicht notwendig ist, die Arbeitszeit zu reduzieren, etwa weil Kinder oder pflegebedürftige Eltern Zeit und Aufmerksamkeit brauchen. Einige Frauen, die eine Teilzeitstelle mit 15 oder 20 Wochenstunden haben, möchten gern 40 Stunden arbeiten. Viele Männer hingegen wünschen sich, weniger als die obligatorischen 40 Wochenstunden plus X Überstunden in der Firma zu verbringen und stattdessen mehr Zeit für die Familie zu haben. Und viele Männer ebenso wie Frauen wünschen sich, auch mit einer 30-Stunden-Woche eine anspruchsvolle Stelle ausfüllen oder ein Team leiten zu können. Vielen Menschen geht es aber in erster Linie darum, stärker selbst entscheiden zu können, wann sie ihre Arbeit erledigen. Die Bedürfnisse sind verschieden und ebenso vielfältig müssen die politischen Modelle sein, die dafür Lösungen und Unterstützung bieten.

Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Einfluss als bisher auf die Frage haben, wo und wann sie arbeiten, und leichter ihre Arbeitszeit variieren können, zum Beispiel durch ein Rückkehrrecht auf Vollzeit. Eine weitere Möglichkeit sind Arbeitszeitkorridore, die große Teilzeitlösungen – ab 30 Stunden – rechtlich wie eine Vollzeitstelle absichern. Außerdem möchten wir, dass auch die Betriebe gemeinsam mit ihren Beschäftigten nach konkreten Lösungen für Fragen der Arbeitszeit suchen. Dabei darf die vermehrte Flexibilisierung von Arbeit und Arbeitszeiten nicht zu Lasten von ArbeitnehmerInnen gehen. Dafür arbeiten wir unter anderem an Änderungen und Ergänzungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Unser Ziel sind erweiterte Arbeitszeitoptionen und mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte, so dass es zu einer neuen fairen Balance zwischen den Anforderungen der Unternehmen und den Erwerbswünschen der Menschen kommt.

Denn die Arbeit ist für die Menschen da – und nicht umgekehrt. Das ist auch aktive Gesundheitsprävention. Davon profitieren letztlich alle, nicht nur auf dem Arbeitsmarkt.

2. Menschen brauchen Raum, sich umeinander zu kümmern

Den gebrechlichen Vater bei einem wichtigen Arzttermin begleiten, die Trikots für das Fußballteam der Tochter waschen und auch dem älteren Nachbarn den Einkauf erledigen: Menschen brauchen Zeit, um für sich selbst und andere zu sorgen. Wir wollen Zeiten für Fürsorgearbeit ermöglichen, in dem wir sie sichtbar machen, anerkennen und absichern. Dabei müssen Fehlanreize vermieden werden, die zur Falle werden können, indem sie zum Beispiel den Wiedereinstieg

in den Beruf erschweren. Denn nur eine Gesellschaft, in der es Solidarität für Menschen gibt, die für andere sorgen, ist zukunftsfähig.

Wir wollen ein Modell entwickeln, das flexibel, selbstbestimmt und (geschlechter)gerecht allen Menschen Zeit verschafft - sei es, um sich um Kinder, zu pflegende Angehörige oder Freunde zu kümmern oder aber auch um sich einmal eine Auszeit zum Auftanken oder zur Weiterbildung zu ermöglichen. Wir arbeiten daran, welche bestehenden Regelungen dafür gebündelt werden können, wo neue Regelungen nötig sind und für welche Bedürfnisse und Gruppen eine finanzielle Absicherung nötig ist. Auch an Konzepten für Sabbaticals und Lebensarbeitszeitkonten arbeiten wir.

Uns geht es auch darum, nicht zu viele Pakete auf einem Rücken abzuladen. Viele Fürsorgeaufgaben sind schön und bewusst gewählt; andere sind in erster Linie Pflichten, nervig und anstrengend. Vor allem aber sind sie heute immer noch ungerecht verteilt. So übernehmen Frauen im Durchschnitt immer noch fast doppelt so viele Stunden an unbezahlter Arbeit, etwa im Haushalt oder in der Kindererziehung, wie Männer. Wenn es darum geht, sich um pflegebedürftige Angehörige, die zuhause leben, zu kümmern, ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern besonders groß: Mehr als zwei Drittel der Pflegenden sind Frauen. Und von den 30 Prozent der Männer, die sich zuhause um ein pflegebedürftiges Familienmitglied kümmern, handelt es sich vor allem um Rentner. Nur ein äußerst kleiner Teil der berufstätigen Männer ist bislang bereit, die Arbeitszeit aufgrund von Pflegeaufgaben zu verringern. Denjenigen, die es gerne täten, werden auch oft von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern – offen oder versteckt – Steine in den Weg gelegt. Wir wollen eine Arbeitskultur, die es Männern erleichtert ihr Recht auf Teilzeit umzusetzen.

Wir wollen Anreize schaffen mit dem Ziel, Erwerbs- und unbezahlte Sorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen. Ziel grüner Zeitpolitik ist es, Frauen und Männern eine partnerschaftliche Aufteilung der Aufgaben zu ermöglichen. Doch dafür brauchen sie auch die Voraussetzungen. Basis dafür ist das, was wir GRÜNE unter dem Begriff „Eigenständige Existenzsicherung“ zusammenfassen: ein Paket politischer Maßnahmen, um allen Erwachsenen eine eigenständige soziale Absicherung, auch über Erwerbsarbeit, in allen Lebensphasen zu gewährleisten.

3. Beruf und Familie – Zeit fair teilen

Wie die Menschen ihr Zusammenleben organisieren, ist einzigartig: Jede Familie findet andere Wege, die Jobs der Eltern, Kita oder Schule der Kinder und das Beisammensein in der Freizeit unter einen Hut zu bekommen – meist mit einer großen Portion Improvisation. Familien heute sind vielfältig und bunt, deshalb ist es uns wichtig, alle Familien durch eine solidarische Politik zu fördern.

Die meisten Eltern wünschen sich heute, dass sie sich gemeinsam und partnerschaftlich den Aufgaben und Freuden des Familien- und des Erwerbslebens stellen können. Im Beruf Anerkennung finden, den eigenen Lebensunterhalt verdienen, der Austausch mit den KollegInnen – all das gehört für Eltern zu einem erfüllten Leben ebenso, wie Zeit mit den Kindern und der Familie zu erleben und sich um sie kümmern zu können. Die Realität sieht heute allerdings noch anders aus: Viele Frauen würden gerne mehr arbeiten. Und viele Männer, das zeigen alle Umfragen der vergangenen Jahre, wünschen sich mehr Zeit für ihre Familie und wären bereit, dafür ihre Arbeitszeit zu reduzieren.

Mit unserer Zeitpolitik wollen wir erreichen, dass Eltern diesen Wunsch endlich in die Realität umsetzen können. Dafür müssen verkrustete Strukturen und Fehlanreize abgebaut werden. Wir wissen aber auch, dass die Menschen so verschieden sind wie ihre Lebenssituationen. Wir wol-

len eine Gesellschaft, in der Eltern die Aufgabenverteilung in ihrer Familie selbstbestimmt und auf Augenhöhe miteinander vereinbaren können.

Als grundlegende Voraussetzung, um Zeit partnerschaftlich teilen zu können, setzt grüne Zeitpolitik deshalb auf die eigenständige Existenzsicherung: Dazu gehören die Lohngleichheit von Frauen und Männern und ein gerechtes Steuersystem, das alle Kinder unabhängig von ihren Eltern fördert und in dem es sich für beide PartnerInnen lohnt, zu arbeiten. Bei ungleichen Löhnen, in der Regel mit den geringeren Löhnen für die Frauen, werden Entscheidungen oft aus rein ökonomischen Gründen anders getroffen, als ein Paar sich das für sein Zusammenleben mit Kindern eigentlich wünscht. Auf den ersten Blick mag sich das Ehegattensplitting im Hier und Jetzt lohnen, gut vorgesorgt fürs Alter hat der- oder diejenige, die ihre Berufstätigkeit stark heruntergefahren hat, deshalb noch lange nicht. Deshalb diskutieren wir gerade konkrete Modelle, wie wir das Ehegattensplitting reformieren und langfristig abschaffen können. Aber zugleich braucht es Arbeitsplätze mit einem Einkommen, das heute zum Leben und später zur Absicherung im Alter ausreicht. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen und auf Augenhöhe gemeinsame Entscheidungen getroffen werden, kann es dazu führen, dass Mütter und Väter in unterschiedlichen Momenten im Leben ihrer Kinder unterschiedlich stark ihre Arbeitszeit reduzieren. Wir wollen aber verhindern, dass es eine Sackgasse wird – dafür ist das Rückkehrrecht auf Vollzeit eine weitere wichtige Voraussetzung für Väter und Mütter. Nicht zuletzt ist ein breites Angebot an guten Schulen, Horten, Kitas und Krippen, die mit ihren Öffnungszeiten den Bedürfnissen von Familien in ihren unterschiedlichen Lebensformen entgegenkommen, eine grundlegende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Familienleben.

Wir wollen Druck aus der Rushhour des Lebens nehmen. Wir wollen mehr Zeit für Familie ermöglichen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und den Eltern eine gerechtere Verteilung von Zeit ermöglichen, damit sie ihren Wunsch nach einer partnerschaftlichen Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit auch leben können – und zwar auch, wenn die Familie mit einem geringen Einkommen klarkommen muss. Dafür wollen wir Anreize entwickeln, damit unbezahlte Fürsorgearbeit und bezahlte Erwerbsarbeit gerechter aufgeteilt werden können.

Vor ganz besonders schweren zeitlichen Herausforderungen stehen alleinerziehende Eltern. Sie haben oft unsichere Beschäftigungsverhältnisse, ein geringeres Haushaltseinkommen und kämpfen mit Vereinbarkeits- und Zeitproblemen. Anders als Paare mit Kindern können sie die Verantwortung für Erziehung, Haushalt oder eben auch das Geldverdienen nicht mit einem anderen Erwachsenen teilen. Gerade auch für sie muss grüne Zeitpolitik passende Angebote bereitstellen.

4. Selbstbestimmte Zeit – auch für Menschen, die wenig Geld haben

Alle Menschen, ob in gut oder schlecht bezahlten Jobs, müssen es sich leisten können, Zeit für ihre Erholung oder die Familie zu finden. Sehr viele Menschen können es sich aber gar nicht erlauben, über eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit nachzudenken, auch wenn sie eigentlich dringend Luft bräuchten, um sich um ihre Kinder, die pflegebedürftigen Eltern oder die eigene angeschlagene Gesundheit zu kümmern. Und auch sie haben selbstverständlich ein Recht auf Freizeit und Erholung und brauchen zudem Zeit, um sich an unserer Demokratie beteiligen und ihre Anliegen einbringen zu können.

Grüne Zeitpolitik will deshalb Lösungen finden, wie Menschen mit geringem Einkommen unterstützt werden können, mehr Spielräume in ihrer Zeitgestaltung zu haben. Phasen im Leben, in denen Fürsorge für andere im Vordergrund steht, sollen solidarisch so abgesichert werden, dass niemand um seine Existenz fürchten muss. Diese Lebensphasen müssen zumindest für Menschen mit geringem Einkommen finanziell so abgesichert werden, dass sie nicht in die Altersar-

mut führen. Sozialpolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel die Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, müssen mit zeitpolitischen Initiativen Hand in Hand gehen.

Mehr als ein Drittel aller Alleinerziehenden bezieht Hartz IV. Das ist nicht nur Ursache für Kinderarmut, sondern auch für Altersarmut. Hier klafft eine Gerechtigkeitslücke. Kindergelderhöhungen, Kinderfreibeträge, Elterngeld, ElterngeldPlus oder Betreuungsgeld: Familien im Hartz IV-Bezug gehen dabei leer aus. Das wollen wir ändern. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die Hartz IV-Regelsätze für Kinder eigenständig zu berechnen und zu erhöhen, wurde ignoriert. Wir setzen uns deshalb für die eigenständige Berechnung der Kinderregelsätze ein wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert.

Auch Familien, deren Einkommen so gering ist, dass sie keine Einkommenssteuer zahlen, gehen bei Steuervergünstigungen wie dem Ehegattensplitting leer aus. Der Kinderzuschlag, der ihnen zusteht, wird aufgrund hoher bürokratischer Hürden von vielen Berechtigten nicht genutzt. Wir fordern daher in einem ersten Schritt, dass der Kinderzuschlag anspruchsberechtigten Familien automatisch zukommt. Damit können wir eine erste wirksame Hilfe gegen Kinderarmut leisten. Darüber hinaus arbeiten wir weiter an unserer Idee einer Kindergrundsicherung, bei der dem Staat jedes Kind gleich viel wert ist und die Kinder- und Familienarmut systematisch bekämpft.

5. Arbeit entschleunigen – gute Ideen brauchen Zeit

Zeit ist für die meisten ein Luxusgut – unabhängig davon, ob jemand in einem gering bezahlten oder sehr gut entlohnten Job arbeitet. Denn selbst wer es sich finanziell leisten kann, seine Wochenarbeitszeit zu reduzieren, sieht sich meist mit einem sehr voll beladenen Arbeitstag konfrontiert. Immer mehr Arbeit in der gleichen Zeit zu bewältigen, bringt viele Beschäftigte an ihre Grenzen und nicht selten weit darüber hinaus. Dabei ist es für die meisten Menschen wünschenswert, ihrem Beruf in Ruhe und mit Sorgfalt nachgehen zu können. Wer gute Qualität zum Ziel hat, wer neue Ideen wachsen lassen will, der braucht die Zeit für einen aufmerksamen Blick links und rechts des Terminkalenders. Auch Kinder und Jugendliche spüren den Druck, möglichst schnell durch die einzelnen Bildungsstätten hindurchzueilen. Gute Bildung braucht Zeit. Auch für Auszubildende, SchülerInnen und Studierende trägt unsere Zeitpolitik Verantwortung, denn auch im Bildungssystem nimmt der zeitliche Druck auf die Lernenden zu. Deswegen haben GRÜNE in den Landesregierungen bereits Maßnahmen zur Entschleunigung in der Schulbildung durchgesetzt, wie zum Beispiel einen Verzicht auf Hausaufgaben an langen Schultagen. Besonders Studierende und SchülerInnen sind durch politische Entscheidungen zur Schul- und Studienzeitverkürzung und die Hürden beim Zugang zu vielen Bachelor- und Masterstudiengängen besonderen Anforderungen ausgesetzt. Eine pauschale Anwesenheitspflicht an Hochschulen hat für uns auch in Bachelor- und Masterstudiengängen ausgedient. Wenn nur knapp 40 Prozent der Studierenden ihr Studium in der Regelstudienzeit absolvieren, ist diese vorgegebene Studienzeit nicht die Regel. Diesem Fakt muss endlich systematisch Rechnung getragen werden. Deswegen werden wir uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass flexible Studienmöglichkeiten geschaffen werden.

Bei grüner Zeitpolitik geht es auch um einen Wandel der Arbeitskultur. Wir wollen eine Debatte anstoßen, wie wir Arbeit entschleunigen können. Wie können die Beschäftigten besser beteiligt werden, wenn Arbeitszeiten und Zeitpläne festgelegt werden? Wie können Unternehmen es organisieren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker selbst bestimmen, wann und wie sie arbeiten? Die Digitalisierung und Automatisierung der Arbeitswelt bietet dabei viele Chancen: Die wichtigen Unterlagen oder das Startsignal für den Produktionsprozess lassen sich auch abends vom Laptop daheim versenden, nachdem man zuvor zusammen mit dem Kind draußen die Sonne genießen konnte. Die digitale Arbeitswelt gestalten heißt aber auch: Grenzen ziehen.

Wenn alles immer und überall auf der Welt online verfügbar und machbar ist, darf das nicht heißen, dass die Menschen, die diese Technik nutzen, immer verfügbar und im Einsatz sein müssen. Das Gerät abzuschalten ist in der digitalen Welt ein wichtiges Arbeitnehmerrecht. Wir wollen deswegen die Idee einer Antistressverordnung vorantreiben.

Sehr viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind sich der Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewusst. Sie arbeiten, oft unter Beteiligung der Belegschaft, an Konzepten für Gesundheitsprävention oder für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben; einige entwickeln bereits zeitpolitische Initiativen. Diese Unternehmen und Organisationen, ebenso wie die Gewerkschaften, möchten wir als Bündnispartner für Zeitpolitik gewinnen. Das bedeutet zugleich, den Unternehmen, die die Arbeitnehmerrechte ihrer Beschäftigten immer weiter beschneiden, die rote Karte zu zeigen und klare Grenzen zu setzen. Gerade Menschen in prekären Jobs leiden darunter, dauernd verfügbar und erreichbar zu sein: Der Gepäckpacker am Flughafen oder die Verkäuferin im Schnell-Restaurant arbeiten zwar auf dem Papier nur 30 Stunden die Woche. Sie müssen sich aber den gesamten Tag oder sogar die Nacht bereithalten und werden per SMS kurzfristig für ein paar Stunden zur Arbeit beordert - ehe sie wieder in den Wartestand geschickt werden. Solchen Formen modernen Tagelöhnerturns treten wir GRÜNE entschieden entgegen. So müssen Wege gefunden werden, wie solche Bereitschaftszeiten angemessen auf die Arbeitszeit angerechnet werden. ArbeitnehmerInnen, die Arbeitszeitverstöße anzeigen brauchen mehr Schutz. Wir unterstützen, dass es für ArbeitnehmerInnen gut und leicht erreichbare Anlaufstellen gibt, bei denen sie Verstöße gegen Arbeitszeitregelungen anonym melden können.

Einer neuen Zeitkultur in der Arbeitswelt geht es schließlich auch darum, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen zu stärken, statt steigende Burn-Out- und Depressionsraten hinzunehmen. Wenn Computer und Roboter uns immer mehr Arbeit abnehmen, ist das Überdenken, wieviel jede und jeder Einzelne arbeiten muss, dringend angebracht. Unserer Arbeitswelt würde eine Debatte darüber, was unter einer „Vollzeitstelle“ zu verstehen ist, gut tun. Wir wollen die Chance, die sich hier bietet, nutzen: Erwerbsarbeit und Arbeitszeitvolumen zwischen Vielarbeitenden und Erwerbslosen bzw. prekär Beschäftigten besser zu verteilen. Das wird uns aber nur gelingen, wenn wir auch eine gerechte Verteilung der unbezahlten Sorgearbeit in Angriff nehmen.

6. Auch Selbstständige brauchen mal Zeit und Erholung

Selbstständige und FreiberuflerInnen, zum Beispiel der Grafiker, die Physiotherapeutin oder die Schneiderin mit ihrer Werkstatt, sind kreativ, mutig und brechen aus festen Strukturen aus. Sie denken frei und anders, haben Innovations- und Gründergeist. Sie machen unser Leben bunter und bieten uns neue und vielfältige Anregungen und Angebote. Zugleich sind sie eine wichtige Stütze unserer Wirtschaft und sorgen mit ihrem Unternehmergeist für attraktive Arbeitsplätze.

Gerade deshalb wollen wir GRÜNE Selbstständige und FreiberuflerInnen stärken. Ihr selbstbestimmtes Arbeiten wollen wir unterstützen und sie besser absichern, damit auch sie mal ein Projekt ablehnen oder den Laden schließen können. Denn oft sind es junge Frauen und Männer, die sich für eine nicht selten prekäre Existenz als Selbstständige entscheiden, um ihr Arbeitsleben mit der Verantwortung für die Kinder vereinbaren zu können. Sie nehmen dafür hohe Risiken in Kauf, denn viele Regelungen, die Arbeitszeiten oder Lohnersatzleistungen betreffen, gelten nicht für sie, sondern nur für Angestellte und Beamte. Das grüne Modell der „Brückengrundsicherung“ gibt gerade auch Selbstständigen die soziale Sicherheit, um sich eigenständig um den nächsten Auftrag oder eine neue berufliche Perspektive zu kümmern. Wir wollen prüfen, ob es geeignet ist, um ihnen auch Zeiten der Fürsorge und Erholung zu ermöglichen.

7. Zeit für Zivilgesellschaftliches Engagement

Aktuell engagieren sich ein Drittel aller Menschen in Deutschland freiwillig oder ehrenamtlich. Zivilgesellschaftliches Engagement stellt damit eine wichtige gesellschaftliche Säule dar. Unsere Gesellschaft lebt von den vielen Freiwilligen, die Freizeitangebote schaffen oder anderen Menschen unter die Arme greifen. Auch die Arbeit der grünen Partei, aber auch unserer Jugendorganisation GRÜNE JUGEND funktioniert nur, weil sich viele Menschen in ihrer Freizeit für grüne Politik begeistern und bewusst ihre Zeit dafür aufbringen wollen. Wir wollen allen Menschen bürgerschaftliches Engagement ermöglichen!

Dazu wollen wir prüfen, in wie weit ArbeitnehmerInnen stärker für bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten freigestellt werden können. Darüber hinaus muss Zivilgesellschaftliches Engagement angemessener wertgeschätzt werden, ganz egal ob es um politisches Engagement, soziale Projekte oder Urban Gardening in der Nachbarschaft geht. Als GRÜNE setzen wir uns für eine vielfältige Kultur der Anerkennung, Würdigung und Wertschätzung des Engagements ein: durch Mitbestimmungsmöglichkeiten in den jeweiligen Organisationen und Einrichtungen, in denen sich die und der Einzelne engagiert. Aber auch die Rahmenbedingungen für freiwilliges ehrenamtliches Engagement wollen wir verbessern.

Kriterien grüner Zeitpolitik

Grüne Zeitpolitik wird bewusst auf viele unterschiedliche Ideen und Lösungen setzen. So unterschiedlich die Bedürfnisse der Alleinstehenden, der Paare und Familien, der Beschäftigten, der Selbständigen und der Arbeitgeber sind, so unterschiedlich müssen die Modelle sein, die ihr Leben leichter und besser machen. Damit betrifft grüne Zeitpolitik als Querschnittsthema viele Politikfelder: Sozial- und Gesellschaftspolitik, Arbeitsmarkt-, Familien- und Frauenpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN arbeiten weiter an einem zeitpolitischen Gesamtkonzept, für das diese Ziele gelten sollen:

- Fürsorgearbeiten, die eine Gesellschaft braucht, solidarisch absichern
- Lohnarbeit und Fürsorge-Arbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilen.
- Gerechtigkeitslücken bei der Gleichberechtigung von Männern und Frauen verringern
- mehr Mitbestimmung über die Arbeitszeitgestaltung für alle Berufstätigen
- stärkere Flexibilität für ArbeitnehmerInnen bei der Wahl ihres Arbeitszeitvolumens
- Möglichkeiten für berufliche Auszeiten befördern, die auch Selbständigen zugutekommen
- auch Menschen mit geringem Einkommen mehr frei verfügbare Zeit ermöglichen

Die Politik kann viel dazu beitragen, dass Menschen selbstbestimmter und selbstbewusster Zeit für Familie und Arbeit, für Freunde und Freizeit gestalten können. Doch braucht es ebenso die breite gesellschaftliche Debatte. Wir GRÜNE wollen diese Debatte führen - für weniger „Zeit ist Geld“ und mehr „Zeit ist Leben“.